

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)  
9 1520-15



## Inhalt

Großartiger Zugewinn und Sieg in Brandenburg bei hohen Verlusten für CDU und FDP. In Sachsen, wo Kohl vom Wahlkampf ausgesperrt war, Sieg für Kohl-Kritiker Biedenkopf. Das SPD-Präsidium verspürt Rückenwind im Bundestagswahlkampf. Seite 1

Als Flop hat sich das EU-Finanzministertreffen in Lindau entpuppt, kritisiert Christa Randzio-Plath MdEP.

Seite 2

Fünf Jahre nach der Öffnung der Grenzen in Ungarn: Jetzt braucht Osteuropa deutliche und ermutigende Antworten aus der Europäischen Union, fordert Hessens Ministerpräsident Hans Eichel. Seite 3

Massive ausländische Kritik an Töpfers "Schönredererei" beim Klimaschutz registriert Michael Müller MdB. Seite 6

Nach dem Karlsruher Urteil über Blauhelmeinsätze der Bundeswehr muß der neue Bundestag schnellstens die parlamentarische Behandlung solcher Einsätze vorbereiten, verlangt Karsten D. Voigt MdB. Seite 7

49. Jahrgang / 175

12. September 1994

### Rückenwind für die SPD

Der Wechsel ist zum Wählen nahe

#### Erklärungen des SPD-Präsidiums zum Ausgang der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

Manfred Stolpe und die SPD haben in Brandenburg den Stimmenanteil der SPD um 16 Prozent gesteigert. Dieser großartige Zugewinn, der einzigartig ist in der Geschichte der Landtagswahlen, ist der Vertrauensbeweis für die gute politische Arbeit der gesamten SPD in Brandenburg. Das Ergebnis in Brandenburg bedeutet für die Sozialdemokratie einen weiteren Schwung und verstärkten Rückenwind für die Bundestagswahl. Der gestrige Wahntag hat erneut gezeigt: Das Rennen ist offen - der Wechsel ist zum Wählen nahe.

Gleichzeitig verlieren CDU und FDP in Brandenburg zusammen 15 Prozent. Das bestätigt, daß diese Koalition in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr hat. Die zahlreichen Auftritte des Bundeskanzlers in Brandenburg waren so wirkungslos wie schon in Sachsen-Anhalt. In Sachsen hat sich die CDU dagegen deutlich von Helmut Kohl abgegrenzt und den Wahlkampf bewußt ohne den Bundeskanzler geführt. Das spricht für sich.

In Sachsen hat Karl-Heinz Kunckel für die SPD unter schwierigsten Bedingungen den Wahlkampf geführt. Dafür danken wir ihm. Die SPD in Sachsen ist immer noch eine Partei im Aufbau, als einzige Volkspartei hat sie dort völlig neu angefangen. Strukturelle Schwächen und mangelnde Organisation bedürfen unserer verstärkten Anstrengung.

Die Wahlergebnisse zeigen, daß die Volksparteien auch in Ostdeutschland eine gute Zukunft haben, rechtsradikale Parteien bleiben ohne Chance.

Die geringe Wahlbeteiligung muß allen zu denken geben. Sie ist nicht zuletzt Ergebnis der tiefgehenden Enttäuschung über die Politik des Bundeskanzlers. Sie zeigt aber auch, daß es immer noch viele unentschlossene Wählerinnen und Wähler gibt.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 87, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemfünfer-Urgam  
mit vermehrte Rekrutiere  
Recycling-Papier



Die SPD wird in den Wochen bis zur Bundestagswahl die Menschen überzeugen, daß es am 16. Oktober um einen grundlegenden Wechsel in der Politik geht: Reformorientierte, zukunftsweisende Politik, insbesondere in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik wird es für Deutschland nur geben, wenn die SPD stärkste Partei wird. Die Union ist aufgefordert, ihre unverantwortliche Kampagne gegen die SPD einzustellen. Sie macht sich schuldig, die PDS mit unverantwortlichen und unanständigen Mitteln zu mästen. Jedem muß klar sein, jede Stimme für die Nachfolgepartei der SED ist für die demokratische Gestaltung verloren.

(-/12. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### Lauer Wind aus Lindau

**Arbeitnehmer werden wieder zur Kasse gebeten**

**Von Christa Randzio-Plath MdEP**

**Wirtschafts- und währungspolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten**

Konjunkturell daneben, sind die Vorschläge der Deutschen Ratspräsidentschaft auf dem informellen Finanzministerrat in Lindau am Wochenende, die zu einer Mäßigung in der Lohnpolitik auffordern. Die Steigerung der Binnennachfrage muß im Mittelpunkt europäischer Finanz- und Wirtschaftspolitik stehen, damit die Beschäftigungslage in der Europäischen Union verbessert werden kann. Heute wirken sich die niedrigen Lohnabschlüsse aufschwunghemmend aus. Deswegen muß die nächste Lohnrunde dazu beitragen, daß der private Verbrauch wieder steigen kann. Gleichzeitig ist der Versuch abzuwehren, die Lohnpolitik durch den Mäßigungsappell erneut mit den gesamten Lasten der Stabilitätspolitik zu belasten. Vielmehr muß die unsolide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten aufhören. Besonders der Ratspräsident muß sich die unsolide Finanzierung der deutschen Einheit vorwerfen lassen. Die Finanzierung der deutschen Einheit auf Pump führt zu am Ende einer Rezession viel zu hohen Realzinsen, die die anderen Mitgliedstaaten belasten und dazu beitragen, daß sie die Konvergenzkriterien im Maastricht-Vertrag nicht erfüllen können. Die hohe Realzinsbelastung führt außerdem im Verbund mit dem Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit dazu, daß ArbeitnehmerInnen die Lasten der Anpassung aufgebürdet werden, Kapitalbesitzer dagegen hohe Gewinne machen. Verbraucherkredite, vor allem Wohnungsbaukredite, sind zu teuer.

Gebraucht wird nach wie vor ein beschäftigungswirksamer Aufschwung. Die 20 Millionen Arbeitslosen in der EU spüren die Auswirkungen des jetzigen Aufschwungs nicht. Daher muß endlich der europäische Beschäftigungspakt geschlossen werden, eine gemeinsame Aktion von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Sozialpartnern. Die Deutsche Ratspräsidentschaft bleibt aufgefordert, dringend einen nachhaltigen und beschäftigungswirksamen Aufschwung durch Politikentscheidung zu ermöglichen - über die zügige Umsetzung des Weißbuches, zum Beispiel über Vorschläge zur Finanzierung der Transeuropäischen Netze, damit Investitionen auch schnell wirksam werden können. Gebraucht wird auch die Steigerung der Binnennachfrage. Schließlich werden über 90 Prozent der europäischen Produktion in Europa abgesetzt.

Als Vertrauensverlust sind auch die Vorschläge der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Kernunion in der Europäischen Union zu werten. Es kann nicht ein Kerneuropa der Fünf darüber entscheiden, wer es wert ist, in einer zweiten, dritten oder vierten Runde aufgenommen

zu werden. Die Wirtschafts- und Währungsunion leidet unter den Diskussionen um eine Kernunion, die durch den Maastricht-Vertrag abgelehnt worden ist und weckt Angst vor deutscher Dominanz und Hegemonie. Es ist daher vertragswidrig und schädlich Konzepte von exklusiven Clübs zu propagieren. Die europäische Integration geht vom Konzept der Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten trotz ihrer Unterschiedlichkeit, nicht ihrer Ungleichheit, aus. Dieser Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichgewichtung muß Bestand haben. Jede andere Gestaltung der Europäischen Union muß auf die neuen, künftigen Mitgliedstaaten abschreckend wirken und bei den mittel- und osteuropäischen Ländern, denen eine wirtschaftliche Integration versprochen worden ist, erhebliche Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen wecken.

Fest steht heute schon, daß die hehren Ziele der Deutschen Präsidentschaft, die Steuerharmonisierung zu beschleunigen, nicht erfüllt werden können. Die Einführung des Ursprungslandprinzips zur Harmonisierung der Mehrwertsteuer, wie Europäisches Parlament und Wirtschaft sie fordern, weist keinerlei Fortschritte auf, im Gegenteil. Ein neuer Vorstoß zur Harmonisierung der Kapitalbesteuerung in der Europäischen Union ist nicht in Sicht. Bundesfinanzminister Waigel konnte nicht einmal die Arbeitsgruppe zum Abschluß ihrer Arbeiten bewegen. Dabei ist die Harmonisierung der Kapitalbesteuerung im Zeichen des Binnenmarktes, der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und des in Europa dringend benötigten Investitionskapitals erforderlich. Offensichtlich sind auch die vollmundigen Ankündigungen zur EU-weiten Einführung einer CO<sub>2</sub>-Energiesteuer nur 'heiße Luft'. Wahrscheinlich ist eine Erhöhung der bereits bestehenden Mineralölsteuer, die der Bundesfinanzminister dringend zur Auffüllung seines Haushaltslochs braucht, aber auf Umwelt und Europa abschieben kann. Dabei ist die CO<sub>2</sub>-Energiesteuer ein erster Schritt zu einer echten Energiesteuer, die unerträglich ist und alle Energieträger gleichermaßen trifft.

(-/12. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Europas Stärke ist sein Völkergemisch**

**Die Revolution in Osteuropa hat den Weg zu einem friedlichen Miteinander für alle geöffnet**

**Von Hans Eichel\*  
Ministerpräsident von Hessen**

Der 11. September 1989 war ein großer Tag. Es war ein Tag, der unseren Kontinent Europa verändert hat. Es war ein Tag, der die Welt verändert hat, denn die Frontlinie im globalen Ost-West-Konflikt verlief durch Europa. Ungarn, ebenso wie Deutschland an dieser Linie gelegen, überwand am 11. September 1989 zum ersten Mal die Trennung und baute eine Brücke nach Westen. Die furchtbare Grenze, die unseren Kontinent geteilt hatte, die das friedliche Zusammenleben der Menschen unmöglich gemacht hatte, die so vielen Menschen das Leben gekostet hatte, die furchtbare Grenze hat an diesem Tag ihren Schrecken verloren.

Nicht jeder große Tag wird von den Zeitgenossen sofort in seiner historischen Bedeutung verstanden, oft ist ein gewisser Abstand nötig, um die Bedeutung eines Ereignisses richtig einschätzen zu können. Doch am 11. September 1989 als Ungarn die Grenze nach Westen öffnete und als viele hundert Deutsche aus der DDR nach Österreich gelangen konnten, war uns

allen klar: Heute beginnt eine neue Epoche in der Geschichte unseres Landes und unseres Kontinents. Mit der Grenzöffnung entzog Ungarn der Ost-West-Konfrontation endgültig die Basis.

Seither steht uns ein neues Ziel vor Augen: Das friedliche Miteinander in ganz Europa. Gewiß, wir haben den Frieden in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wahren können. Aber dieser Frieden war fragil, er beruhte auf der Abschreckung, auf der Drohung mit der gegenseitigen totalen Vernichtung. Der Frieden, den wir jetzt erreichen können, wird dagegen stabil sein. Er wird auf dem Vertrauen in den Nachbarn beruhen, auf dem gerechten Ausgleich und auf dem Verzicht auf nationale Egoismen. Ich sage dies trotz der schrecklichen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, die uns zeigen, wohin der Nationalismus in letzter Konsequenz führt.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat uns einen neuen Weg geöffnet, den Weg hin zu den Vereinigten Staaten von Europa. Dieses Ziel ergibt sich zwingend aus der politischen Lage, wie sie 1989 entstanden ist. Die Vereinigten Staaten von Europa können kein vergrößerter Nationalstaat sein, denn der Nationalismus ist stets eine Ursache von Konflikten. Die Vereinigten Staaten von Europa werden vielmehr ein Staat sein, der Raum gibt für individuelle Entwicklungen und der Gegensätze ausgleicht, der auf Demokratie und Freiheit gegründet ist und der das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger sichert.

Die Vereinigten Staaten von Europa werden auch mehr sein als die Fortschreibung der Europäischen Union nach Osten. Sie werden wohl aus der Europäischen Union hervorgehen, schon weil die Europäische Union eine hervorragende und erfolgreiche Institution ist. Aber sie werden doch einen anderen Charakter haben, denn die Europäische Union ist unter anderen historischen Bedingungen entstanden. Weil sich die Bedingungen 1989 so grundlegend geändert haben, brauchen wir heute grundlegend neue politische Strategien.

Doch genau daran fehlt es im Westen. Der Westen hat seit 1989 auf die Revolution in Osteuropa nur unzureichend reagiert. Auf das Ende des Ost-West-Konflikts und auf die Demokratisierung in Osteuropa müssen wir im Westen weit deutlichere Antworten geben als wir dies bisher getan haben. Der Westen war bis 1989 sehr phantasievoll, wenn es darum ging, neue politische Strategien zu finden. Betrachten Sie zum Beispiel nur die Jahre nach 1945. Schon drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs brachte die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz den wirtschaftlichen Anschluß der drei westdeutschen Zonen an Westeuropa. Noch einmal drei Jahre später, 1951, wurde die Montanunion gegründet, eine der Keimzellen der heutigen Europäischen Union. Dies mag als Beispiel für die politische Kreativität des Westens in den Jahren zwischen 1945 und 1989 genügen. Wie erfolgreich der Westen in jenen Jahren war, belegt der ungeheure wirtschaftliche Wohlstand, den wir erreicht haben, belegt das friedliche Miteinander, zu dem die westlichen Staaten untereinander gefunden haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß zum Beispiel Deutschland und Frankreich zwischen 1870 und 1945, innerhalb eines Menschenalters also, drei schreckliche Kriege gegeneinander geführt haben.

Der Weg zum Frieden, zur Demokratie, zur Gerechtigkeit und zum Wohlstand ist also möglich. Doch es reicht nicht aus, die alten westlichen Strukturen nach Osten ausdehnen zu wollen. Die NATO zum Beispiel war das Verteidigungsbündnis im Ost-West-Konflikt, ihre Ausdehnung nach Osten macht also keinen Sinn. Wir brauchen ein neues System der kollektiven Sicherheit. Selbst die Europäische Union enthält durchaus Elemente der Frontstellung, die jedoch überwindbar sind. Dennoch müssen wir auch die Grundlagen der Europäischen Union überdenken, wenn wir die Einigung ganz Europas erreichen wollen. Und diese Einigung, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, erscheint mir zwingend notwendig, wenn wir die großen Herausforderungen der Zukunft bewältigen wollen.

Die Gegner der Europäischen Einigung verweisen auf die große Zahl verschiedener Sprachen und auf die außerordentliche kulturelle Vielfalt. Und doch gibt es auf unserem Kontinent viele gemeinsame Wesensmerkmale. Ein Blick auf die europäische Geschichte zeigt uns, daß es in der Vielfalt immer auch einigende Bänder gab. Diese in der Vergangenheit begründeten Gemeinsamkeiten sind keineswegs bedeutungslos. Sie entfalten vielmehr überall ihre Wirkung.

Die Völker Europas mit ihrem zivilisatorischen Ursprung in der griechisch-römischen Antike haben über Jahrtausende hinweg in stetem Austausch und in intensiven Wechselbeziehungen gelebt, wenn auch oft von Kriegen begleitet. Die Öffnung nach außen, die gegenseitige Beeinflussung ist also der historische Normalzustand und nicht die Abschottung, nicht der Rückzug auf den eigenen Bereich, nicht das Nationale. Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts, der bis heute seine unselbige Wirkung entfaltet, ist im Grunde ein historischer Irrtum.

Europas Stärke ist sein tatkräftiges und begabtes Völkergemisch, seine enorme kulturelle Vielfalt. Europa ist ein Unikat in der Geschichte der Menschheit, wie es Helmut Schmidt formuliert hat. Trotz des Nebeneinanders von mehreren Dutzend Sprachen gibt es eine europäische Literatur. Shakespeare wird in Warschau aufgeführt, Dostojewski wird in Deutschland gelesen, der Einfluß von Marcel Proust reicht weit über Frankreich hinaus. György Konrad erhielt 1991 an dieser Stelle den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Es gibt eine europäische Musik und eine europäische Malerei. Der ungarische Fotograf Andre Keresz, um ein letztes Beispiel zu nennen, hat Fotografien auf der ganzen Welt mit seiner neuen Art des Sehens beeinflusst. Dieses lebendige Mosaik ist in der Geschichte der Menschheit ohne Vorbild. Es hat über Jahrhunderte hinweg die Stärke Europas ausgemacht. Es liegt an uns, das einmalige Nebeneinander von Vielfalt und Gemeinsamkeit zu bewahren und auszubauen.

Dem historisch bedingten Nebeneinander von Vielfalt und Gemeinsamkeit entspricht dem politischen Bereich einzig und allein ein föderaler Aufbau. Der Föderalismus bewahrt in der Einheit die Vielfalt. Allerdings darf der Föderalismus nicht mit dem Separatismus verwechselt werden. Eine europäische Kulturgesellschaft, in der sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wechselseitig anerkennen und tolerieren, hat nichts gemein mit einem bornierten, engstimmigen, fremdenfeindlichen Regionalismus.

Für den großen Erfolg des Föderalismus gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. In diese Reihe gehört zweifellos auch die Bundesrepublik Deutschland, doch möchte ich das eigene Land jetzt nicht als Beispiel nennen. Ich möchte vielmehr auf die Vereinigten Staaten von Amerika und auf die Schweiz verweisen. Auf die USA, weil sie ein großes Land mit mehreren hundert Millionen Einwohnern sind und mit Staaten von sehr unterschiedlicher Größe; auf die Schweiz, weil sie ein kleines Land ist, und in dem dennoch vier Sprachen gesprochen werden.

Es liegt jetzt an uns, mit dem föderalen Aufbau Europas zu beginnen. Die Möglichkeit dazu hat uns die Revolution in Osteuropa gegeben, die mit der ungarischen Grenzöffnung vom 11. September 1989 einen ihrer Höhepunkte gefunden hat. Die Menschen in Osteuropa haben großen Mut und große Entschlossenheit gezeigt, als sie sich von den alten diktatorischen Systemen Abwandten. Viele Menschen in Osteuropa haben die Revolution unmittelbar als persönlichen Einschnitt empfunden, viele sehen sie aufgrund ihrer veränderten persönlichen Situation als Wende zum schlechteren. Die schwierige wirtschaftliche Lage in Osteuropa ist zwar eine Folge der jahrzehntelangen Mißwirtschaft, aber dennoch kann sie heute zur Gefahr für die weitere Entwicklung werden.

Der Mut der Menschen in Osteuropa verlangt im Westen nach einer deutlicheren Antwort als wir sie bisher gegeben haben. Die Revolution in Osteuropa hat den Weg zu einem friedlichen Miteinander für alle geöffnet, lassen Sie uns diesen Weg jetzt gemeinsam beschreiten.

(-/12. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

\* Rede anlässlich einer Gedenkstunde zur ungarischen Grenzöffnung am 11. September 1989 in der Frankfurter Paulskirche.

**Massive ausländische Kritik an deutscher Umweltpolitik**  
**Töpfer betreibt beim Klimaschutz "Schönrechnerei"**

Von Michael Müller MdB  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Umweltpolitiker in den sozialdemokratischen Fraktionen in Holland, Frankreich, Belgien, Österreich, Schweden und Dänemark haben massive Kritik an Bundesumweltminister Klaus Töpfer geäußert. Hauptwurf: Töpfer betreibt beim Klimaschutz Schönrechnerei, indem er gegen alle früheren Erklärungen den Rückgang der Kohlendioxid-Emissionen in den neuen Bundesländern aufgrund des Zusammenbruchs der dortigen Industrie für eine deutsche Positivrechnung beim Klimaschutz mißbraucht. Tatsächlich haben jedoch in den alten Bundesländern, die als Maßstab zugrunde gelegt werden müssen, die klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen in den letzten zwei Jahren seit dem Erdgipfel von Rio sogar um weitere zwei Prozent zugenommen.

Es ist schlicht unseriös, die "Einheitsdividende" für eine Erfolgsbilanz heranzuziehen, wo sich die öffentlichen Ankündigungen der Bundesregierung, die Kohlendioxid-Emissionen um 25 bis 30 Prozent bis zum Jahr 2005 zu reduzieren, ausdrücklich auf die alte Bundesrepublik bezogen haben, zumal der entsprechende Kabinettsbeschluß von 1990 sogar den Zusatz macht, daß in den neuen Bundesländern ein noch höherer Rückgang erreicht werden soll. Tatsächlich wurde durch Nichtstun und eine Blockadepolitik anderer Ministerien viel wertvolle Zeit vertan, so daß nach Aussagen des Prognos-Instituts höchstens noch 40 Prozent des vorgegebenen Reduktionsziels erreicht werden können. Dennoch versucht Bundesumweltminister Töpfer weiterhin den Eindruck des Musterknaben in Sachen Umweltschutz zu erwecken, was zu einer wachsenden Verärgerung bei den europäischen Nachbarstaaten führt.

Massive Kritik äußerten die westeuropäischen Umweltpolitiker auch an der unzureichenden und halbherzigen Vorbereitung der UN-Nachfolgekonferenz des Erdgipfels, die nächstes Jahr in Berlin stattfinden wird. Dort sollen für die einzelnen Staaten konkrete Reduktionsziele festgelegt werden, in welchem Umfang und in welchem Zeitrahmen die nationalen Treibhausgase verringert werden sollen. Diese Aufgabe war ursprünglich schon für den Erdgipfel vorgesehen, scheiterte damals aber am Widerstand verschiedener Staaten, insbesondere den USA. Die Berliner Konferenz droht zu einem Flop zu werden, Geldverschwendung auf hohem Niveau. Bis heute liegt keine Vorlage seitens der gastgebenden Bundesregierung vor, obwohl die entsprechende Unterlage für die Beratung bis zum 28. September bei den Vereinten Nationen vorliegen müßte. Doch es gibt nicht einmal einen Entwurf. Stattdessen kündigt das Ministerium Töpfer jetzt "Bausteine" für einen späteren Beschluß an.

Bei den Umweltpolitikern anderer Länder ist die Verärgerung über die Bundesregierung und speziell über Bundesumweltminister Töpfer sehr groß. Das schadet unserem Land und unserer politischen Glaubwürdigkeit. Der globale Klimaschutz ist zu wichtig, um ihn einer folgenlosen Als-Ob-Politik zu überlassen. Notwendig ist eine harte und konsequente Arbeit statt wolkiger Erklärungen. In Berlin steht für die weitere Entwicklung der Weltgemeinschaft viel auf dem Spiel. Im Interesse unseres Landes und im Interesse einer ernsthaften Umweltpolitik fordert die SPD-Bundestagsfraktion Töpfer auf, endlich Farbe in Sachen Klimaschutz zu bekennen, statt erneut den Wahlkampf für haltlose Erfolgsbilanzen zu mißbrauchen.

(-/12. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Verfahren für Blauhelmeinsätze vorbereiten**  
**Das Karlsruher Urteil und die Aufgaben des Deutschen Bundestages**

**Von Karsten D. Voigt MdB**  
**Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Das Bundesverfassungsgericht hat im Juli dieses Jahres entschieden, daß Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes, darunter auch bewaffnete Einsätze, unter bestimmten Bedingungen durch unser Grundgesetz gedeckt sind. Eine der Bedingungen ist, daß ein Mandat der UNO für solche Einsätze vorliegen muß, - eine andere, daß die Mehrheit des Deutschen Bundestages in jedem einzelnen Fall einem Einsatz zugestimmt haben muß. Darüber hinausgehende Regelungen zur Rolle des Parlaments bei der Umsetzung der Entscheidung hat das Gericht nicht getroffen. Es hat in dieser Frage auf die Zuständigkeit des Parlaments verwiesen. Seit dem Karlsruher Urteil sind mehrere Monate vergangen, ohne daß die Zeit für eine entsprechende parlamentarische Initiative genutzt worden wäre.

Ich halte es für erforderlich, daß der Bundestag gleich nach Beginn der neuen Legislaturperiode über die parlamentarischen Verfahren beim Auslandseinsatz von Einheiten der Bundeswehr entscheidet. Es wäre ein Fehler, wenn sich der Bundestag erst dann um seine Mitwirkungsmöglichkeiten kümmern würde, wenn der Generalsekretär der UNO sich bereits mit der Bitte um Beteiligung an UNO-Missionen an die Bundesregierung gewandt hätte und das Parlament über einen aktuellen militärischen Einsatz der Bundeswehr zu entscheiden hätte. Deswegen muß schon heute überlegt werden, was zu tun ist, damit die Entscheidung gegen oder für einen Militäreinsatz nicht übereilt, nicht unter innerem oder äußerem Druck, sondern erst nach besonders sorgsamem Abwägen und Beratungen getroffen wird.

Wo wir uns früher, als die verfassungsrechtlichen Fragen noch offen waren, vor allem mit den juristischen Aspekten von Militäreinsätzen befaßt haben, müssen wir heute politisch Stellung beziehen. Wir müssen die Frage beantworten, ob eine militärische Beteiligung an bewaffneten UNO-Missionen im konkreten Einzelfall tatsächlich helfen würde, Frieden herzustellen. Wir müssen beurteilen können, ob eine deutsche Mitwirkung bei der Bewältigung einzelner Krisen eher nützlich oder hinderlich wäre. Wir müssen vor einer Parlamentsentscheidung Klarheit darüber verschaffen, welche Konsequenzen ein deutscher Beitrag für unsere außenpolitischen Zielsetzungen und Interessen, für die Europäische Union und für die Völkergemeinschaft hätte. Und es müssen die Risiken für die Soldaten abgewogen werden.

Das Parlament sollte gesetzlich festlegen, daß kein Wehrpflichtiger gegen seinen Willen zur Teilnahme an UNO-Missionen herangezogen wird. Nur auf der Grundlage der Freiwilligkeit und erst nach gründlicher, an den speziellen Bedingungen von UNO-Friedensmissionen ausgerichteter Ausbildung dürfen unsere Soldaten für militärische UNO-Maßnahmen eingesetzt werden. Ebenfalls gesetzlich geregelt werden muß die versorgungsrechtliche Absicherung der Bundeswehrangehörigen, die in Krisengebiete geschickt werden. Das war für die Fälle Kambodscha und Somalia zunächst nicht geschehen und hat gezeigt, wie ungenügend die Bundesregierung und die Gesetzgebung auf diese Missionen vorbereitet waren.

Der Deutsche Bundestag muß zur Vorbereitung von Einsatzentscheidungen einen institutionellen Rahmen schaffen, der sicherstellt, daß die Bundesregierung die Zielsetzung eines Einsatzes und dessen Kosten offenlegen muß, der von ihr verlangt, daß der Einsatz nur für eine jeweils vorher festgelegte Dauer genehmigt wird und der die Bewertung des Erfolgs oder Mißerfolgs eines Einsatzes anhand von vorher für den Einzelfall erarbeiteten Kriterien erlaubt.

Ein solcher Rahmen sollte darin bestehen, daß das Thema Bundeswehreinätze nur dann zur Entscheidung auf die Tagesordnung des Plenums kommt, wenn zuvor der Auswärtige Ausschuß, der Verteidigungsausschuß und der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages umfassend informiert wurden und dem Einsatz zugestimmt haben. Die Mittel zur Finanzierung einer deutschen Beteiligung an UNO-Aktionen müssen im Haushalt ausgewiesen sein. Sie sollten nicht zur unkontrollierten und beliebigen Verfügung der Regierung stehen, sondern solange gesperrt bleiben, bis die drei Ausschüsse von der Notwendigkeit eines Einsatzes überzeugt sind und die Mittel für den jeweiligen Einsatz im Einzelfall freigeben. Im Bundestag müssen die personellen und institutionellen Voraussetzungen mit dem Ziel geändert werden, daß diese neuen Aufgaben des Parlaments auch sachgerecht vorbereitet und zügig erledigt werden können.

Ein wichtiges Kriterium für die Freigabe von Mitteln für bewaffnete Einsätze muß sein, daß die Bundesregierung in jedem Einzelfall nachweist, daß sie alle nicht-militärischen Alternativen der Friedenssicherung im entsprechenden Krisengebiet versucht hat, so daß der Rückgriff auf bewaffnete Einsätze glaubwürdig als "ultima ratio" erscheint.

Ebenso wichtig ist die Verpflichtung der Bundesregierung, in den Parlamentsausschüssen darzulegen, wie das einmal eingegangene militärische Engagement wieder beendet werden soll. Einen Blankoscheck ohne finanzielle und zeitliche Begrenzungen und ohne klare Vorstellungen darüber, wie sich Deutschland aus einer UNO-Mission zurückziehen kann, darf der Bundestag nicht geben. Entscheidungen in New York oder Brüssel werden die Entscheidungen des Bundestages beeinflussen. Sie können Entscheidungen in unserem Parlament aber nicht ersetzen. Der UNO-Sicherheitsrat hat einen Anspruch darauf, daß seine Beschlüsse im Bundestag erörtert werden. Über das Ergebnis dieser Erörterung bestimmt allein der Bundestag selbst.

Die Zahl der friedenserhaltenden Blauhelmeinsätze wird weiterhin groß bleiben. Nach den bisherigen Erfahrungen mit bewaffneten UNO-Einsätzen sieht es nicht so aus, als würden in Zukunft in großer Zahl Anforderungen an die Beteiligung an friedenserzwingenden Maßnahmen der UNO auf uns zukommen. Aus heutiger Sicht steht auch nicht zu erwarten, daß die Neigung der UNO-Mitglieder wächst, der UNO eigene militärische Zwangsoptionen zur Verfügung zu stellen. Umso wichtiger werden die Aufgaben der Soldaten im humanitären Bereich und für stärker ausdifferenzierte Blauhelmissionen. Der Deutsche Bundestag sollte sich die Erfahrungen anderer Länder, die auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten tätig sind, zunutze machen und bei der weiteren Ausgestaltung parlamentarischer Mitwirkungsmöglichkeiten berücksichtigen.

(-/12. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*